

IM KLARTEXT

INFORMATIONEN ZUR SOZIALEN MARKTWIRTSCHAFT

Die Ludwig-Erhard-Stiftung ist bei aller Entschiedenheit ihres Engagements für Freiheit und Verantwortung in Staat, Gesellschaft und Wirtschaft von Parteien und Verbänden unabhängig. Sie ist als gemeinnützige Vereinigung voll anerkannt.

April 2007



Auf der Rutschbahn zum Mindestlohn

Da hat sich die Politik in einen richtigen Schlamassel hineingeredet: Vom Kombilohn ist sie über die Entgeltsschranke beim Mindestlohn gelandet, den sie per Gesetz einführen will, falls Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände ihn nicht auf dem Verhandlungswege festsetzen wollen.

Hier ist ein Lehrbeispiel dafür, wie es zu Fehlentwicklungen kommt, an deren Beginn das Gute mit dem Gutgemeinten verwechselt wird. Um die Chancen der Beschäftigung von Arbeitslosen mit niedriger Qualifikation zu heben, ist der Gedanke des Kombilohns in Umlauf gesetzt worden: Die Arbeitgeber können es – dem Eignungsprofil der Bewerber entsprechend – bei einer vergleichsweise geringen Bezahlung belassen. Der Staat springt mit einem Zuschuss ein, damit aus dem Qualifikationsmangel kein Armutproblem entsteht.

Als die Reformabsicht verkündet war, hat man darüber nachgedacht, ob damit nicht für Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften ein falscher Anreiz gesetzt wird: Die Sozialpartner könnten den Lohn in den unteren Gruppen niedrig halten, weil schließlich der Staat das Problem des Armutslohns übernimmt. Als der Finanzminister sein politisches Veto dagegen ankündigte, machte sich der Arbeitsminister an die Erfindung der „Entgeltsschranke“: Den Kombizuschuss soll es nur für Betriebe geben, die einen als sozialverträglich geltenden Mindestlohn nicht unterschreiten.

Diese Entgeltsschranke aber würde auch wieder eine Kosten-schranke gegen mehr Beschäftigung sein. Was also tun? Wie kommt die Politik zum arbeits- und sozialverträglichen tariflich ausgehandelten Mindestlohn ohne Belastung des Haushalts? Eigentlich überhaupt nicht. Aber man kann eine „Als-ob-Lösung“ anpeilen: den gesetzlichen Mindestlohn. Auch der bringt nie und nimmer mehr Arbeit. Aber vielleicht ein paar Stimmen zur nächsten Wahl.

Hans D. Barbier

Religion und Kinderzahl

Nach einer Untersuchung des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) beeinflusst die Einstellung der Menschen zur Religion die Kinderzahl in den Familien. Das IW stützt sich auf Umfragen in 82 Ländern, die sogenannten World Value Surveys. Danach haben religiöse Paare im Schnitt 2,1 Kinder, nicht religiöse hingegen nur 1,6. Atheisten ziehen durchschnittlich 1,5 Kinder groß.

Auch in Deutschland gilt dieser Zusammenhang: Gläubige Menschen leben in größeren Familien als Nichtgläubige. Wer mehrmals pro Woche einen Gottesdienst besucht, hat im Schnitt zwei Kinder. Leute, die nie in die Kirche gehen, haben durchschnittlich nur 1,4 Kinder.

Das IW erklärt diesen Zusammenhang damit, dass sich religiöse Menschen in eine Gemeinschaft eingebunden fühlen und daher darauf vertrauen, mit den Elternpflichten nicht allein gelassen zu sein. Außerdem gelten in vielen Religionen Kinder als Geschenk Gottes. Den Gläubigen wird so ein positives Bild vom Leben als Eltern vermittelt.

www.iw-koeln.de

Überschüsse in den Sozialversicherungen

Für das Jahr 2006 weisen die Haushalte der gesetzlichen Sozialversicherungen einen Überschuss von 20,5 Milliar-

den € aus; 2005 gab es noch ein Defizit von 3,3 Milliarden €. Das Statistische Bundesamt nennt zwei Gründe für das positive Ergebnis: zum einen den wirtschaftlichen Aufschwung, der den Sozialversicherungen mehr Einnahmen beschert. Zum anderen wurde im Januar 2006 der Zahlungstermin für die Sozialversicherungsbeiträge vorverlegt. Es wurden daher 13 statt zwölf Beiträge gezahlt – ein einmaliger Effekt.

Die Überschüsse bei der Bundesagentur für Arbeit (11,2 Milliarden €) und der gesetzlichen Rentenversicherung (7,3 Milliarden €) machen den Löwenanteil des Überschusses aus. Bei der Bundesagentur gingen die Ausgaben deutlich um 14,6 Prozent zurück, während die Einnahmen um 6,6 Prozent stiegen; den Einnahmen von 56,6 Milliarden € standen Ausgaben von 45,4 Milliarden € gegenüber. Damit hat die Bundesagentur erstmals seit 1985 wieder schwarze Zahlen geschrieben.

In der Rentenversicherung blieben die Ausgaben mit 232,9 Milliarden € nahezu konstant, während sich die Einnahmen um 5,1 Prozent auf 240,2 Milliarden € erhöhten. In der gesetzlichen Krankenversicherung beträgt der Überschuss 1,7 Milliarden €. Wegen einer abweichenden Verbuchungsmethode wirkt sich in diesem Zweig der Sozi-

alversicherung die vorgezogene Fälligkeit der Beiträge nicht aus.

www.destatis.de

Erstarkte deutsche Wirtschaft?

Deutschlands Wirtschaft steckt im Aufschwung: 2006 brachte ein Wachstum von 2,7 Prozent. Auch für das laufende Jahr sagen die meisten Prognosen ein ähnlich hohes Plus voraus. Hinter den Zahlen steckt nicht nur der konjunkturelle Aufschwung, dem in aller Regel ein Abschwung folgt, sondern auch ein höheres Produktionspotenzial deutscher Unternehmen. Das Kieler Institut für Weltwirtschaft hat soeben eine Studie vorgelegt, in der das Potenzialwachstum Deutschlands – die Rate, mit der eine Wirtschaft längerfristig expandieren kann, ohne Inflation zu erzeugen – aktuell mit 1,6 Prozent beziffert wird. Damit hätte sich dieser Wert in den vergangenen fünf Jahren um ein Drittel erhöht. Das sei vor allem auf Reformen am Arbeitsmarkt, geringere Steuer- und Abgabenbelastung sowie den stärkeren internationalen Wettbewerbsdruck zurückzuführen.

Eine Untersuchung des bei der Hans-Böckler-Stiftung angesiedelten Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung legt allerdings nahe, wirtschaftspolitische Entscheidungen nicht nur am aufwendig errechneten Potenzialwachstum zu orientieren: Es sei zu anfällig gegenüber späteren Revisionen und entspräche zu wenig der komplexen ökonomischen Wirklichkeit.

www.uni-kiel.de/ifw
www.boeckler.de

Privates Beteiligungskapital: Nötig, überflüssig oder gefährlich?

Franz Müntefering, damals SPD-Vorsitzender und jetzt Bundesminister für Arbeit und Soziales, hat im Frühjahr 2005 Finanzinvestoren mit „Heuschreckenschwärmen“ verglichen: Sie fallen über ein Unternehmen her, grasen es ab und ziehen dann weiter. Inzwischen hat sich die Debatte versachlicht, aber noch immer herrscht viel Unsicherheit bei der Beurteilung von privaten Beteiligungen.

Bei privatem Beteiligungskapital, oft unter seiner englischen Bezeichnung „private equity“ geführt, wird Geld in einem Fonds zusammengetragen und in Form von Eigenkapital (englisch: equity) längerfristig in ein Unternehmen investiert. Der Fonds wird von einer Beteiligungsgesellschaft verwaltet. Die Gelder kommen vor allem von institutionellen Investoren, wie Versicherungen und Pensionskassen, aber zunehmend auch von privaten Anlegern. Etwa ein Drittel der im vergangenen Jahr von den rund 180 in Deutschland tätigen Beteiligungsgesellschaften eingesammelten 2,8 Milliarden € stammte aus dem Ausland. Das insgesamt verwaltete private Beteiligungskapital belief sich zum Jahresbeginn 2007 auf 28,7 Milliarden Euro; der überwiegende Teil davon ist in knapp 6 000 Unternehmen investiert.

Beteiligungsgesellschaften kaufen in der Regel keine Aktien im freien Handel, was ebenfalls eine Bereitstellung von Eigenkapital darstellen würde. Sie suchen vor allem den Zugang zu Firmen, die (noch) nicht an der Börse gehandelt werden. Falls doch börsennotierte Unternehmen erworben werden, werden diese aus dem Handel genommen und „privatisiert“. Das Motiv

hinter solchen Beteiligungen ist im Grunde immer dasselbe: Das Zielunternehmen soll weiterentwickelt werden, um es später mit Gewinn veräußern zu können. Nötig ist hierzu eine aktive Beteiligung an der Unternehmensführung. Auch das unterscheidet Beteiligungsgesellschaften von anderen Investoren, zum Beispiel Aktionären, die selten ausreichend Anteile zur Einflussnahme besitzen.

Förderung von Innovation und Wettbewerb

Eine wichtige Funktion von privaten Beteiligungen liegt in der Finanzierung von jungen, meist technologieorientierten Unternehmen. Ausgestattet mit guten Ideen und kreativen Köpfen fehlt diesen oft das Kapital für die Umsetzung ihrer Geschäftsidee oder für die erwünschte Expansion. Banken und geregelter Kapitalmarkt bieten aufgrund des hohen Risikos und der geringen Sicherheiten meist keine Finanzierungsmöglichkeiten. Hier springen private Beteiligungsgesellschaften ein: Sie stellen den Unternehmensgründern das benötigte Geld zur Verfügung und liefern betriebswirtschaftliches Wissen gleich mit. Private Beteiligungsgesellschaften unterstützen damit den Innovationsprozess,

der seinerseits die Basis des technischen Fortschritts ist. Sie wählen aus der Vielzahl interessanter Jungunternehmen das aussichtsreichste aus, bieten diesem Unterstützung und trennen sich letztlich von einem weiter entwickelten Unternehmen, indem sie es beispielsweise an die Börse bringen. Das dabei übernommene Risiko einer Fehlinvestition ist sehr hoch und rechtfertigt die erzielten Renditen, die oft deutlich jenseits der anderer Anlagen liegen.

Auch bei Übernahmen bereits etablierter Unternehmen engagieren sich Beteiligungsgesellschaften. Ziel ist auch in diesem Fall, den Wert des gekauften Unternehmens zu steigern. Dazu müssen ungenutzte Potenziale gefunden und gehoben werden. Meist erfolgt dies durch Konzentration auf Kerngeschäftsfelder. Unrentable Unternehmensteile werden abgestoßen. Die Prozesse in den verbleibenden Bereichen werden optimiert. Diese Restrukturierungen, die oft auch mit Entlassungen einhergehen, sollen die Ertragskraft und damit den bei Verkauf erzielbaren Unternehmenswert anheben. Im Erfolgsfall verbessern private Beteiligungsgesellschaften so die Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen und Branchen.



„Risiken werden oft weitergereicht und an den Finanzmärkten neu verteilt. Das Problem an der Sache ist: Nur wenn man sicher weiß, wer welche Risiken trägt, kann man überlegt handeln – als Marktteilnehmer und als Aufseher.“
Jochen Sanio, Präsident der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht

Das Problem der Schuldenlast

Bei Firmenübernahmen wird der Kaufpreis nicht allein aus Mitteln der Beteiligungsgesellschaften bestritten. Der größte Teil wird generell mit Bankkrediten finanziert. Bei niedrigen Zinsen für dieses Fremdkapital erhöht sich in der Regel die Rendite des eingebrachten Eigenkapitals. Das Vermögen des Zielunternehmens dient dabei als Sicherheit für die Banken. Nach der Übernahme werden die Schulden an die gekaufte Firma übertragen, die sie dann abbezahlen muss. Das ist an und für sich nichts Ungewöhnliches: Jede kreditfinanzierte Investition wird nur getätigt, wenn sie ihre Finanzierungskosten trägt und darüber hinaus zum Gewinn beiträgt. Problematisch wird diese Vorgehensweise erst, wenn die Belastungen die Existenz des Unternehmens gefährden. Das ist der Fall, wenn die Abzahlung der Schulden aus dem laufenden Geschäft nicht zu leisten ist. Zudem verschlechtert sich mit dem höheren Anteil von Fremdkapital an der Finanzierung das Rating, was weitere Kredite verteuert oder sogar verhindert – und so ebenfalls das Unternehmen bedroht.

Problematisch kann es auch sein, wenn Beteiligungsgesellschaften versuchen, das eingegangene Risiko schnellstmöglich zu mindern – beispielsweise wenn sie bereits nach kurzer Zeit Sonderausschüttungen durchsetzen, die das betroffene Unternehmen oft wiederum mit Bankkrediten finanzieren muss, oder wenn sie über Tochtergesellschaften

Beraterverträge in Rechnung stellen. Auf diesem Weg wird ein großer Teil des eingesetzten Geldes kurzfristig wieder abgezogen, während der Eigentumsanteil am Unternehmen unangetastet bleibt. Auch das kann zu untragbaren Belastungen führen.

Fehlendes Augenmaß, verzerrte Wahrnehmung

Die öffentliche Kritik an der Beteiligungsbranche lässt sich weitgehend auf Transaktionen mit fehlendem Augenmaß zurückführen. So wurden bei einigen Übernahmen die Unternehmen mit Schulden überlastet oder durch „Sonderzahlungen“ ausgezehrt. Andere Firmen wurden im allgemeinen Aufwärtstrend gekauft und mit Aufschlägen schnell weiterverkauft – und das mehrfach, ohne dass es zu Effizienzsteigerungen kam. Zusätzlich haben steigende Zinsen die Kreditkosten bei einigen Zielunternehmen dermaßen in die Höhe getrieben, dass Konkurse drohen.

Medienwirksam aufgearbeitete Verfehlungen dürfen aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Branche auch in Deutschland vor allem Positives bewirkt hat. So stammen im vergangenen Jahr von 15 Börsengängen im geregelten Markt neun aus dem Portfolio privater Beteiligungsgesellschaften. Nur fünf Prozent der 2006 aufgelösten Beteiligungssumme von mehr als zwei Milliarden € entfielen auf Totalverluste durch Insolvenzen der übernommenen Firmen. In drei Vierteln der Fälle erfolgte ein Weiterverkauf an strategische Investoren, andere Beteiligungsge-

sellschaften oder über die Börse. Zudem beschäftigten die Unternehmen mit privaten Beteiligungen nahezu eine Million Mitarbeiter und erwirtschafteten einen Umsatz von etwa 189 Milliarden €.

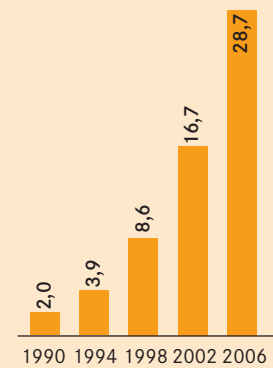
Es gibt aber auch Stimmen, die die Methoden privater Beteiligungsgesellschaften kritisieren. Meistens beruhen sie auf der Verklärung früher herrschender Gewohnheiten im deutschen Wirtschaftssystem. Lange Zeit war es durch die dominante Rolle der Banken und ihre zahlreichen Überkreuzbeteiligungen geprägt, die „Deutschland AG“. Viele Firmenlenker haben auf das Geflecht wechselseitiger Beziehungen vertraut und notwendige Restrukturierungsprozesse versäumt. Mit dem Aufbrechen der Industriebeteiligungen und der Öffnung gegenüber den internationalen Finanzmärkten ist dieses ineffiziente System ins Wanken geraten.

Strenge Aufsicht ist unverzichtbar

Privates Beteiligungskapital ist eine sinnvolle Erweiterung im Spektrum der Finanzierungsinstrumente. Die Stärken privater Beteiligungen zeigen sich zum einen in der Selektion innovativer Unternehmen, zum anderen wird die Effizienz in bereits bestehenden Firmen verbessert. Schwächen offenbaren sich in der übersteigerten Suche einiger Beteiligungsgesellschaften nach kurzfristigen Gewinnen. Allerdings ist dies auch den Investoren anzulasten, die ihr Geld zur Verfügung stellen und dafür hohe Renditen fordern – sicher nicht immer im

Beteiligungskapital

Fondsvolumen in Deutschland, in Milliarden €



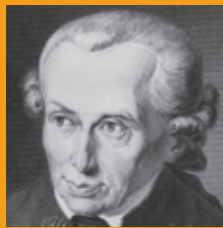
Quelle: Bundesverband Deutscher Kapitalbeteiligungsgesellschaften

Wissen um die Quellen ihrer Erträge.

Hier muss sich der noch junge „Markt für privates Beteiligungskapital“ noch weiter entwickeln. Wichtigster Punkt ist dabei eine höhere Transparenz. Jeder Anleger muss erkennen können, wem er sein Geld anvertraut. Zudem dürfte die Branche selbst ein reges Interesse daran haben, Fonds zu entlarven, die sich mit unlauteren Methoden Vorteile gegenüber ihren Wettbewerbern verschaffen.

Allein auf die Selbstbeschränkung zu vertrauen, wäre blauäugig. Wie in anderen Bereichen des Kapitalmarktes ist es Aufgabe des Staates, für eine Aufsicht zu sorgen, die – ausgestattet mit Normen und Sanktionspotenzial – den Wettbewerb wahrt. Erst ein funktionierender Markt und ein ausreichendes Maß an Aufklärung werden die Mahner verstummen lassen, die Investoren mit Insekten vergleichen.

Lars Vogel

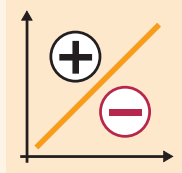


„Es ist so bequem, unmündig zu sein. Habe ich ein Buch, das für mich Verstand hat, einen Seelsorger, der für mich Gewissen hat, einen Arzt, der für mich die Diät beurteilt, u.s.w., so brauche ich mich nicht selbst zu bemühen. Ich habe nicht nötig zu denken, wenn ich nur bezahlen kann; andere werden das verdrießliche Geschäft schon für mich übernehmen.“
Immanuel Kant

IM KLARTEXT

April 2007

INDEX



Die Soziale Marktwirtschaft im April 2007

Ludwig Erhard hat mit der Sozialen Marktwirtschaft eine Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung realisiert, in der jeder die Chance hat, seine Lebensumstände in eigener Verantwortung zu gestalten. Wie es um die Soziale Marktwirtschaft heute steht, lässt sich nicht mit wenigen Worten sagen. Die Ludwig-Erhard-Stiftung möchte dennoch eine komprimierte Beurteilung vornehmen. Sie beleuchtet Monat für Monat einen besonderen Aspekt der Grundziele, die sich aus dem Leitbild der Sozialen Marktwirtschaft ergeben: Vollbeschäftigung, Geldwertstabilität und Eigenverantwortung.

Vollbeschäftigung ⊕
Die Arbeitslosigkeit hat in Deutschland weiter abgenommen. Im März 2007 verringerte sich die Zahl der Arbeitslosen um 114 000 auf 4 108 000. Sie lag damit um knapp 870 000 niedriger als noch vor einem Jahr. Noch nie ist die Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik Deutschland innerhalb eines Jahres so stark gesunken.

Arbeitslose	
Veränderung zum Vorjahresmonat	
November 2006	- 536 225
Dezember 2006	- 597 384
Januar 2007	- 763 882
Februar 2007	- 825 527
März 2007	- 869 452

Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Die positive Entwicklung resultiert vor allem aus der guten Konjunkturlage: Bestehende Unternehmen haben mehr Arbeitskräfte eingestellt, in neu gegründeten Unternehmen wurden Arbeitsplätze geschaffen. Laut Bundesagentur für Arbeit sorgt aber nicht nur der wirtschaftliche Aufschwung für weniger Arbeitslose. Auch die Arbeitsmarkt-

Reformen der Jahre 2003 bis 2005 zeigen erste Erfolge: Die bessere Vermittlung der Arbeitslosen sowie die stärkere Kontrolle ihrer Arbeitsfähigkeit und -bereitschaft tragen zum Rückgang der Arbeitslosigkeit bei.

Geldwertstabilität ⊖
Die günstigen Entwicklungen in den öffentlichen Haushalten haben Bundeswirtschaftsminister Michael Glos veranlasst, Steuersenkungen zu fordern. Vielen scheint das Gegenteil richtig: Sie wollen eher neue Steuererhöhungen zur Entlastung der Haushalte.

Der Vorschlag von Michael Glos, den Bürgern alles Geld zu lassen, das der Staat nicht braucht, ist unbedingt richtig. Allerdings darf nicht vergessen werden, dass der Staat selbst im aktuellen konjunkturellen Aufschwung weiterhin auf Kredite angewiesen ist. Daran wird ersichtlich, dass eine grundsätzliche Konsolidierung der Staatsfinanzen noch aussteht. Erst wenn im Aufschwung Überschüsse entstehen und diese zum Abbau von Schulden verwendet wer-

Staatshaushalt

	Defizitquote*	Schuldenstand*
2002	3,7	60,3
2003	4,0	63,9
2004	3,7	65,7
2005	3,2	67,9
2006	1,7	67,9

* in Prozent des Bruttoinlandsproduktes
Quelle: Deutsche Bundesbank

den, kann man von einer langfristig tragfähigen Finanzplanung sprechen.

Eigenverantwortung ⊕
Die Gesundheitsreform geht in die nächste Runde: Am 1. April 2007 ist das „Gesetz zur Stärkung des Wettbewerbs in der gesetzlichen Krankenversicherung“ in Kraft getreten. Mit ihm wird unter anderem eine größere Freiheit bei der Tarifwahl eingeführt. Der Gesetzgeber will damit vor allem das Angebot der gesetzlichen Krankenkassen besser auf die Bedürfnisse ihrer 70 Millionen Versicherten abstimmen.

Die Krankenkassen können nunmehr auch Pflichtversicherten Tarife mit Selbstbehalt oder Beitragsrückerstattung anbieten. Freiwillig Ver-

sicherten stehen diese Modelle bereits seit 2004 offen. Bei vereinbartem Selbstbehalt übernehmen Versicherte einen Teil ihrer Arztkosten selbst und zahlen dafür einen geringeren Beitrag. Bei der Beitragsrückerstattung bekommen sie eine Prämie, wenn sie in der Abrechnungsperiode keine medizinischen Leistungen – abgesehen von Vorsorgeuntersuchungen – in Anspruch genommen haben. Darüber hinaus sind die Kassen verpflichtet, bestimmte Tarife anzubieten, z.B. für chronisch Kranke oder in Verbindung mit Hausarztmodellen, bei denen sich der Versicherte verpflichtet, im Krankheitsfall immer erst seinen Hausarzt zu kontaktieren.

Krankenversicherte

Versicherte in gesetzlichen Krankenkassen in Millionen, 2006	
Pflichtversicherte	28,6
Mitvers. Familienangehörige	20,1
Rentner	16,9
Freiwillig Versicherte	4,8
Versicherte gesamt	70,4

Quelle: Bundesministerium für Gesundheit

Impressum:

Herausgeber: Ludwig-Erhard-Stiftung · Johannerstraße 8 · 53113 Bonn
Telefon 0228 / 5 39 88-0 · Telefax 0228 / 5 39 88-49
Redaktion: Andreas Schirmer · Fotos: dpa
Druck und Herstellung: Druckerei Gerhards GmbH, Bonn-Beuel
erscheint monatlich · www.ludwig-erhard-stiftung.de

Ludwig Erhard